

Der Holzarbeiter

Organ des Zentralverbandes christlicher Holzarbeiter

Ausgabe

Nr. 13

Der „Holzarbeiter“ erscheint jeden Freitag und wird den Mitgliedern unentgeltlich zugestellt. — Für Nichtmitglieder ist der „Holzarbeiter“ nur durch die Post zum Preise von Mk. 1,00 pro Monat zu beziehen. — Anzeigenannahme nur gegen Vorausbezahlung. — Geldsendungen nur: Postcheckkonto 7718 Köln.

Köln,
den 1. April 1927.

Anzeigenpreis für die dieergsp. Millimeterzeile 20 Pfennig. Stellenangebote und -Angebote, sowie Anzeigen der Zahlstellen kosten die Hälfte. Redaktion und Versand befinden sich Köln, Deutzerwall 9. Telefonruf West 61546. — Redaktionsschluss ist Samstag Mittag.

28. Jahrg.

Merke dir!

Hilfe von anderen kannst du erst dann verlangen, wenn du deine eigenen Kräfte eingesetzt hast.

Bist du zu letzterem zu bequem, dann darfst du dich nicht wundern, wenn andere über deine Not hinwegsehen.

Setze darum deine Kräfte ein im Zentralverband christlicher Holzarbeiter.

Zum Kampf um die Arbeitszeit.

Die Bedeutung möglichst kurzer Arbeitszeit für die Arbeiterschaft wurde von den Gewerkschaften schon vor Jahrzehnten richtig erkannt. Wenn der Arbeiter, wie das früher viel der Fall war, 12 bis 14 Stunden im Betriebe beschäftigt wird, so bleibt ihm mit dem besten Willen keine Zeit dazu, auch an den Kulturgütern des Volkes teilzuhaben. Dem Arbeiter als Familienvater ist es unmöglich, bei überlanger Arbeitszeit einen ausreichenden Einfluß auf die Erziehung seiner Kinder auszuüben. Die Arbeitskraft wird bei Überanstrengung infolge zu langer Arbeitszeit in viel zu kurzer Zeit verbraucht. Es haben sich auch die Gewerkschaftsführer in ihrer Beurteilung des Einflusses kürzerer Arbeitszeit auf die Produktion viel besser bewährt als sehr viele sogenannte Wirtschaftsführer, die dem Volke „wissenschaftlich“ nachweisen lassen, daß eine Hebung und Verbilligung der Produktion nur bei möglichst langer Arbeitszeit erreichbar sei.

Die Gewerkschaften mußten seit ihrem Bestehen immer wieder die schärfsten Kämpfe führen, um in den verschiedenen Berufen eine Verkürzung der Arbeitszeit zu erreichen. Eine gesetzliche Regelung konnte man in der Vorkriegszeit, abgesehen von einigen Schutzbestimmungen für Jugendliche und Arbeiterinnen, überhaupt nicht. Bei der Arbeiterschaft war dafür allerdings der Gedanke der Selbsthilfe lebendiger, als dies heute der Fall ist. Zwar hat schon in früheren Jahrzehnten die Sozialdemokratie den Achtstundentag als politisches Kampfziel aufgestellt. Die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter mußten aber, daß schließlich eine bessere Regelung der Arbeitszeit nur dann Bestand haben wird, wenn dem Unternehmertum eine möglichst starke, zielbewusste Gewerkschaftsbewegung gegenübergestellt werden kann.

Nach Beendigung des Krieges erhielten wir bekanntlich durch eine Verordnung der sogenannten Volksbeauftragten den Achtstundentag für alle Berufe und auf der ganzen Linie. In der ersten Zeit nahm das Unternehmertum diese Neuregelung der Arbeitszeit als etwas unvermeidliches hin. Als sich dann später herausstellte, daß mit der Änderung der Staatsform eine Änderung der Verhältnisse im Staate nur in einem geringen Maße erfolgt war, gewann auch das Unternehmertum wieder an Mut. In geradezu aufdringlicher Weise wurde bis zum Erbrehen vom „schematischen“ Achtstundentag geredet, der an allem Unheil, das über Deutschland hereingebrochen, die Schuld tragen sollte. Nach dem vollständigen Zusammenbruch der deutschen Währung hielt das Unternehmertum die Zeit für gekommen, um auch in bezug auf die Arbeitszeit seinen Willen durchzusetzen. In den letzten Monaten des Jahres 1923 wurde in den verschiedensten Industrien ein kräftiger Vorstoß unternommen, um eine Verlängerung der Arbeitszeit zu erreichen. Selbstverständlich gab das Unternehmertum dabei nicht zu, daß es sich bei seinem Vorstoß in der Hauptsache doch nur darum handelte, verlorene Macht zurückzugewinnen, sondern man schützte „volkswirtschaftliche Notwendigkeiten“ vor, um den Vorstoß als „im Interesse des Volkes liegend“, zu rechtfertigen. Man hat diese volkswirtschaftliche Notwendigkeit so eindringlich darzustellen verstanden, daß selbst in Arbeiterkreisen die Auffassung vertreten war, es sei wirklich

notwendig, länger als 48 Stunden in der Woche zu arbeiten, um unser bedrängtes Volk einer besseren Zukunft entgegenzuführen. In jener Zeit hat der deutsche Reichsarbeitsminister auf Grund des Ermächtigungsgesetzes die viel bekämpfte Verordnung über die Arbeitszeit vom 21. Dezember 1923 erlassen. Manche Bestimmungen dieser Verordnung haben auch uns nie gefallen. Man wird aber bei ruhiger Beurteilung der gesamten Verhältnisse anerkennen müssen, daß der Reichsarbeitsminister durch seine Verordnung Schlimmeres verhütet hat.

Die Inflation hatte die finanzielle Kraft der Gewerkschaften vollständig gelähmt. Ein großer Teil der deutschen Arbeiterschaft warf die Flinte ins Korn und glaubte ohne die Gewerkschaften auskommen zu können. So hatte das deutsche Unternehmertum verhältnismäßig leichtes Spiel. Der damalige Zustand war das Gegenteil von dem, was für die Arbeiterschaft notwendig ist, wenn ihr Vorwärtsschreiten gesichert werden soll. Aus eigener Kraft hätte viel weniger gehalten werden können, als durch die Verordnung gehalten worden ist. Die Richtigkeit dieser Behauptung zeigt sich am besten bei Prüfung der Verhältnisse in den verschiedensten Berufen. Wo die Arbeiterschaft eines Gewerbes oder Industriezweiges es verstanden hat, das Mittel der gewerkschaftlichen Selbsthilfe auch unter schwierigen Verhältnissen richtig anzuwenden, wurde den Bestrebungen der Arbeitgeber auf Verlängerung der Arbeitszeit ein wirksamer Damm entgegengesetzt, und dort, wo man sich allzusehr auf die gesetzliche Regelung verlassen hat, erfolgte eine Verlängerung der Arbeitszeit weit über die gesetzlichen Richtlinien hinaus. Diese Tatsachen sind in die Erinnerung zurückzurufen, ist äußerst heilsam angesichts des Kampfes, der augenblicklich wieder um die gesetzliche Regelung der Arbeitszeit in Deutschland tobt. Es ist an sich richtig und durchaus notwendig, daß auch mit Hilfe gesetzlicher Bestimmungen sehr vieles zugunsten der Arbeitnehmer geregelt werden kann. Darum muß auch jetzt größter Wert darauf gelegt werden, bei einer Neuregelung der gesetzlichen Bestimmungen über die Arbeitszeit die neuen Bestimmungen in Einklang zu bringen mit berechtigten Forderungen der Arbeiterschaft. Vollständig verfehlt ist es aber, wenn, wie dies zurzeit von sozialistischer Seite geschieht, man erneut bei der deutschen Arbeiterschaft die Auffassung wachruft, daß durch eine gesetzliche Regelung allein alle Hemmungen auf dem Gebiete der Arbeitszeit beseitigt und durch Gesetze die Selbsthilfe ersetzt werden könnte.

Nach unserer Auffassung ist es gerade jetzt, wo wir bereits feste Ergebnisse der Rationalisierung unseres Wirtschaftslebens aufweisen können, ganz falsch, die Forderung nach dem Achtstundentag zum Schlagwort werden zu lassen. Bei fortschreitenden technischen Verbesserungen und noch weitergehender Ausnutzung der Arbeitskraft jedes einzelnen Arbeiters wird sich sehr bald zeigen, daß auch der Achtstundentag als eine zu lange Arbeitszeit angesehen werden muß. Auf diese Dinge hinzuweisen, erscheint uns weit zweckmäßiger, als die blöde Heße, die in neuester Zeit von der sozialdemokratischen Gewerkschafts- und Parteipresse gegen die christlichen Gewerkschaften getrieben wird, weil diese eine gemeinsame Kundgebung zur Arbeitszeitfrage aus Zweckmäßigkeitsgründen nicht mitgemacht haben. Die sozialistischen Partei- und Gewerkschaftsführer müßten eigentlich im Verlauf der letzten Jahre gelernt haben, daß es schließlich doch kein einträgliches Geschäft ist, wenn man ohne Grund gegen Volksgenossen hetzt, die man schließlich, um überhaupt etwas zu erreichen, doch so dringend notwendig hat.

Die christlichen Gewerkschaften haben ihrerseits in einer eigenen Kundgebung zur Regierungsvorlage eines Arbeitszeitgesetzes in scharfer Weise Stellung genommen. Ob diese Taktik richtig war, wird die Zukunft lehren. Auf jeden Fall werden uns die sozialistischen Führer den Nachweis dafür nicht erbringen können, daß sie in bezug auf faktische Maßnahmen im Verlauf der letzten Jahre immer eine glückliche Hand hatten.

Die deutsche Arbeiterschaft darf sich darüber nicht täuschen lassen, daß eine für die Arbeitnehmer auch auf die Dauer günstige Regelung der Arbeitszeitfrage schließlich doch nur dann möglich ist, wenn die deutschen Gewerkschaften stark genug sind, um den Unternehmern das abzutrotzen, wozu sie sich freiwillig nicht bereit finden. Darum

wollen wir als Holzarbeiter überall unsere ganze Kraft einsetzen, um eine weitere Stärkung unseres Verbandes zu erreichen.

Kaufkraft und Binnenmarkt.

Nach dem Ausweis über die Entwicklung des Außenhandels im Jahre 1926 hat die deutsche Ausfuhr in den letzten drei Jahren einen erfreulichen Aufschwung genommen. Stellte sich diese für 1915 im Monatsdurchschnitt auf den Kopf der Bevölkerung auf Mk. 12,65, so fiel sie 1924 auf fast die Hälfte, Mk. 6,86, um mit Mk. 8,80 für 1925 und Mk. 9,90 für 1926 wieder in die Höhe zu gehen. Wir wissen aber heute noch nicht, ob diese verhältnismäßig günstige Entwicklung anhalten wird, zumal die Grenzen, die sich einem starken Auslandsabsatz entgegenstellen, sich sobald nicht zu weiten scheinen. Auf der anderen Seite ist durch die Rationalisierung insbesondere das Großgewerbe in den Stand gesetzt worden, eine größere Warenmenge zu liefern, die nach Absatz drängt. Angesichts dieser Lage mehren sich in den letzten Wochen die Stimmen, die die Frage, ob eine mit allen Mitteln betriebene Exportförderung oder ob nicht vielmehr eine zielbewusste Stärkung des deutschen Binnenmarktes dem Interesse der gesamten deutschen Volkswirtschaft besser entspräche, zugunsten der letzteren Aufgabe beantworten.

Das dürfte, ohne der Notwendigkeit einer intensiven Ausfuhrförderung vorgreifen zu wollen, zur Zeit wenigstens das richtige sein. Auf diesem Binnenmarkt sind es nun vornehmlich zwei Schichten, die als Hauptabnehmer in Betracht kommen, die breiten Massen der Arbeitnehmer als Verbraucher und die Landwirtschaft. Dabei darf allerdings nicht übersehen werden, daß auch die Industrie in sich selbst einen höchst bedeutsamen Absatzmarkt bildet, daß die einzelnen Industriezweige und Produktionsstufen selbst immer wieder als Käufer der Waren der anderen Erwerbszweige auftreten. Die Arbeitnehmer erscheinen auf dem Binnenmarkt in erster Linie mit ihrem Massenbedarf an Lebens- und Haushaltsmitteln, Bekleidung usw. Soweit Ziffern über den Verbrauch typischer Konsumgüter vorliegen, zeigen sie noch einen unter Vorkriegshöhe sich bewegenden Konsum. Der Bedarf ist reichlich vorhanden, aber es fehlt eine genügende Kaufkraft. Die Löhne der gelernten Arbeiter reichen nur in einigen Spitzen an die der Vorkriegszeit heran, die der ungelerten haben die Reallohne der Friedenszeit allerdings etwas übertroffen.

Was jedoch für den Augenblick sehr wesentlich ist, das ist die Tatsache, daß 1926 die Reallohne allgemein etwas gesunken sind. Aus der vom Statistischen Reichsamt herausgegebenen Zeitschrift „Wirtschaft und Statistik“ geht hervor, daß die tarifmäßigen Stundenlöhne für Gelernte im Verlauf des Jahres 1926 sich nur um 0,9 Prozent (gegen 18,8 Prozent im Vorjahre), für Ungelernte um 1,1 Prozent (gegen 18,5 Prozent im Vorjahre) erhöhten. In den Produktionsmittelindustrien sind die tarifmäßigen Stundenlöhne von Januar bis Dezember 1926 für Gelernte und Ungelernte gleichmäßig um je 0,9 Prozent gestiegen, in den Verbrauchsgüterindustrien dagegen im Laufe des ganzen Jahres nur um 0,1 Prozent für Gelernte, 0,6 Prozent für Ungelernte. Das heißt, die Löhne sind auf der ganzen Linie fast unverändert geblieben; die geringfügige Steigerung von weniger als ein Prozent kommt gar nicht in Betracht. Nach Feststellungen des Statistischen Reichsamts hat sich die Indexziffer der Lebenshaltungskosten von 139,8 Proz. im Januar 1926 auf 144,3 Proz. im Dezember, d. h. um 4,1 Prozent erhöht. So sind die Löhne in geringerem Maße gestiegen, als die Lebenshaltungskosten, mit anderen Worten: die Reallohne sind im Jahre 1926 gesunken. Da eine durchgreifende Preissenkung nicht eingetreten ist bzw. soweit sie Platz griff, durch die Mietsteigerungen wieder ausgeglichen wurde, rüsten sich die gewerkschaftlichen Organisationen zu Lohnbewegungen, die teilweise bereits im Gang sind oder in den kommenden Wochen viel von sich reden machen werden.

Durch höhere Löhne kann, wenn mit ihr eine Ertragssteigerung einhergeht und die Preise nicht steigen, eine Stärkung der Kaufkraft auf dem Binnenmarkt eintreten. Für einen allgemeinen Auftrieb der Wirtschaft ist aber nicht minder wichtig wie eine Steigerung derselben bei den Arbeitnehmern eine solche in der Landwirtschaft. Nicht bloß ein

ausgedehnter Haushaltbedarf kommt hier in Betracht, sondern noch mehr ein ausgedehnter Wirtschaftsbedarf an landwirtschaftlichen Produktionsmitteln. Es ist für die Zeit vor dem Kriege berechnet worden, daß in dem Produktionswert der Landwirtschaft von etwa 13 Milliarden Mark ein Produktionskostenanteil (ohne Löhne) von über 4 Milliarden Mark enthalten ist. Es wurden beispielsweise ausgegeben: für Sämereien, Düngemittel, Futtermittel und eingeführtes Vieh: 2,3 Milliarden für Licht, Kraft, Maschinen und Schmiermittel etwa 350 Millionen. Würde es gelingen, durch eine Ertragssteigerung in der Landwirtschaft vermittelt einer verstärkten Mechanisierung oder einer Standardisierung ihrer Erzeugnisse dieser erhöhte Gewinne zuzuwenden, so müßte das sich ohne weiteres auch in dem erhöhten Kauf gewerblicher Erzeugnisse sowohl für Haushalts- als Wirtschaftsbedarf auswirken.

Es wird viel zu wenig beachtet, eine wie starke Stütze die Landwirtschaft für den industriellen Absatz überhaupt bildet. Die Einwirkung einer kaufkräftigen Landwirtschaft auf die Gesamtverhältnisse der Industrie hat sich in den letzten Jahren vor dem Krieg, nämlich zur Zeit der letzten internationalen Wirtschaftsdepression von 1908/09, sehr augenfällig erwiesen. Gerade in Deutschland hat die gestärkte Kaufkraft der Landwirtschaft in diesen Depressionsverhältnissen dahin gewirkt, daß die Krise längst nicht in einer solchen Heftigkeit über unsere Industrie- und Arbeiterwelt hereinbrach, wie das in England vielmehr der Fall war. Es ist nämlich das Charakteristische, daß gerade die Landwirtschaft und ihre Konsumtionskraft von den Verhältnissen der Industrie ganz unabhängig bleiben kann. Tritt nämlich eine industrielle Krise ein, so werden alle in der Industrie Beschäftigten und aus ihr ihr Haupteinkommen ziehenden Bevölkerungskreise durch den schlechten Gang der Produktionsverhältnisse in ihrer Produktionskraft beeinträchtigt. Je schwieriger die Verhältnisse der Industrie werden, desto mehr wird die Kaufkraft der Industriebevölkerung in Mitleidenschaft gezogen. Dagegen ist die Kaufkraft der Landwirtschaft dadurch wenig berührt, ein nicht hoch genug einzuschätzendes Ergebnis, zumal wenn man bedenkt, daß diese dann teilweise die Arbeitslosigkeit aufzufangen kann. Wie stark aber die Arbeitslosigkeit die Kaufkraft der von ihr Betroffenen schwächt, geht aus einer neuerlichen Berechnung des Instituts für Konjunkturforschung hervor. Danach belief sich der Verlust an nominellem Einkommen der Arbeiter und Angestellten im Jahre 1926 auf 4 Milliarden RM. gegen 1 Milliarde RM. im Vorjahre. Der Gesamtverlust an Arbeitsstunden ist im Jahre 1926 von 1,8 Milliarden Stunden im Jahre 1925 auf 5,8 Milliarden Stunden gestiegen.

Eine Belebung des Binnenmarktes vermag zu einer Wirtschaftsbelebung und einer Minderung der Arbeitslosigkeit zu führen. Ein gleiches kann nicht weniger von einer sorgfältigen Außenhandelsförderung ausgehen. Daher sollte man weder das eine noch das andere, sondern beides tun. Binnenmarkt und Außenmarkt können nicht gut, jeder für sich gesondert, betrachtet und behandelt werden. Sie ergänzen vielmehr einander. Allerdings wird ein kräftiger, beständiger Binnen-

markt stets eine wesentliche Voraussetzung für einen starken Export bilden. Dr. v. d. Boom.

Der Arbeiter als Mensch.

Für die christliche Auffassung steht der Mensch im Mittelpunkt des Lebens und der Wirtschaft. Die Erde und ihre Güter sollen dem Menschen untertan sein und ihm dienen. Und was der Mensch sich schafft, das darf nicht über die Menschheit oder große Teile von ihr herrschen. Die Kultur fördert dienend den Aufstieg des Menschen, läßt den Menschen Ziel aller Kulturarbeit sein, sonst hört sie überhaupt auf, Kultur zu sein.

Das gilt uneingeschränkt auch von der Wirtschaft. Die Wirtschaft kann letzten Endes vernünftigerweise nur der gesamten Menschheit dienen wollen, es gibt im besten Sinne nur Volks- und Menschheitswirtschaft. Ist aber die Wirtschaft eines Volkes so eingestellt, daß sie ungerecht einzelne oder Sondergruppen bevorzugt, dafür aber ungebührlicherweise Hauptmassen benachteiligt, dann ist sie sittlich nicht haltbar, läuft sie ihrem Daseinszwecke zuwider.

Gerechtigkeit und Liebe sind die Fundamente allen Lebens, müssen es auch in der Wirtschaft sein. Solche Einstellung zeigt den Widersinn der Auswüchse des Kapitalismus, zeigt auch die Unhaltbarkeit des Klassenkampfes auf. Beide lassen den Standpunkt „Macht geht vor Recht“ gelten. Mit finsterner Entschlossenheit wird um den größtmöglichen Gewinn gerungen, der Mensch gilt nichts, das Geld und die Maschine alles, und der Mensch wird ausschließlich als Maschine und nach der Kraft eingeschätzt und behandelt.

Daß es so gekommen ist, das ist entwicklungs geschichtlich erklärlich. Das Maschinen- und Industriezeitalter brach plötzlich und unvermittelt wie ein Tag in der Wüste an und überraschte und überwältigte den Menschen. Der Mensch verlor vor der Maschine sein Menschentum und sein freundliches Berufsgefühl, wurde ihr bedingungsloser Sklave. Aber man müßte am Kulturaufstieg der Menschheit verzweifeln, wollte man das als endgültigen Stand annehmen, wollte man nicht zuversichtlich hoffen, daß wieder der Mensch als Herr der Maschine und als Mittelpunkt der Wirtschaft in seine Rechte eintritt.

Auch der Arbeiter ist ein vollgültiger Mensch, und er hat ein Anrecht auf ein menschenwürdiges Leben, auf menschenwürdige Behandlung. Gerechtigkeit und Liebe verbindet sein Menschentum mit dem der Spitzen der Gesellschaft. Rein theoretisch wird diese Ansicht auch selten bestritten werden, nur sieht leider die Praxis meist ganz anders aus. Da sagt man, ein Entgegenkommen würde den Arbeitseifer vermindern, ein Gefühl von Furcht und schroffer Befehl erhöhe dagegen die Leistung. Ein Hören auf Rat oder Meinung erziehe zur Unbotmäßigkeit und Auffälligkeit. Erhöhter Lohn werde doch fatallos verbracht und jedenfalls nicht zweckmäßig und für die Wirtschaft förderlich verwandt. Solche Meinungen kann man in privater Aussprache alle Tage hören.

Wie steht es darum? Zweierlei ist nicht zu bestreiten.

Erstens, daß in den Anfängen der Industrie auch die Arbeiter von der Maschine überwältigt waren. Aus dem Mutterboden ihres Lebens losgerissen, kamen sie vollkommen wurzellos in die Industriebezirke, ahnungslos und haltlos in ein tosendes Meer. Jeder für sich gesondert, ohne Wissen und Recht, der Maschine und ihrem seelenlosen Getriebe ausgeliefert. Zu geistiger Tat in der Wirtschaft waren sie damals gewiß noch nicht reif, und auch manches Menschentum erlitt damals bösen Schiffbruch. Aber stand es verhältnismäßig um die Führer besser und oft nicht gar schlimmer? — Und zweitens gibt es auch heute noch sicher in der Arbeiterchaft eine ganze Anzahl von Menschen, die innerlich noch nicht so frei und reif und gefestigt sind, daß höhere geistige Ansprüche ihnen Bedürfnis sind und daß sie errungene Vorteile recht ausnützen. Aber was bedeuten wenige in der riesigen Zahl, und wer trägt an diesen Zuständen mehr Schuld als die bisherigen Verhältnisse, die an Unfreiheit und engstes Wirken zwangsläufig gewöhnten? Die Arbeiterchaft hat die Pflicht, sich höher hinaufzubilden, in eine höhere Kulturstufe hineinzuwachsen, in sich die nötigen Vorbedingungen zu tatkräftigem Kulturschaffen zu verwirklichen, andererseits aber muß endlich der Arbeiter in seiner Menschenwürde, seinem elementarsten Recht, anerkannt werden.

Wenn dieser Standpunkt sich erst überall durchgesetzt hätte, würde man über die Erfolge wahrscheinlich überrascht sein. Es ist bekannt, daß die respektablen Leistungen der amerikanischen Arbeiter nicht zuletzt darauf beruhen, daß sie wie durch Handschlag mit ihrem Arbeitgeber verbunden sind. Es steht Mensch gegen Mensch, und nur unter diesem immer gültigen Winkel wird dann die Leistung beurteilt. Die Leistung aber steigt bei jedem gesunden Menschen ganz gewaltig, wenn er sie nun freudig und aus innerem Drang heraus ausführt. Die Anerkennung als vollgültiger Mensch läßt den alten Berufsgedanken wieder wach werden, der Arbeiter fühlt sich seelisch mit seiner Hände Werk verbunden, ist daran interessiert. Das zermürbende Gefühl, aus verwehnter Notwendigkeit heraus nur den Geldbeutel einzeln zu füllen, weicht dem erhebenden Bewußtsein, als Glied der Volksgemeinschaft für die Gesamtheit eine wohlthätige Arbeit zu verrichten. Gleich wandelt sich in Freude und Segen. Jeder gesunde Mensch fühlt lebendig seinen Eigenwert als Persönlichkeit und will ihn in der Welt und in dem Urteil der Mitmenschen sich spiegeln sehen.

Aus diesem grundsätzlichen Gedanken ergibt sich von selbst die Lösung für Probleme wie Gleichberechtigung der Arbeiterverbände mit denen der Unternehmer, Mitwirken der Arbeiterchaft in Betriebsrat, bei sozialer Gesetzgebung oder Arbeitsgerichtsbarkeit. Georg Komotnick.

Verbandsnachrichten.

Bekanntmachung des Vorstandes.

Im Interesse der Mitglieder machen wir darauf aufmerksam, daß für die Zeit vom 27. März bis 2. April 1927 der 13. Wochenbeitrag im Jahre 1927 fällig ist.

Deutsche Haus-Inschriften.

(Fortsetzung).

Es ist immer ein gutes Zeichen, wenn im Volke urwüchsig kräftiger Humor blüht, dann ist es gesund und unverdorben. Ein reines Gemüt ist heiter, ein leichtes Gewissen verlangt nach Freude, und macht sich auch in harmlosem Übermut Luft. Das zeigt das Volkslied, der Volksschwank, das kann man jeden Tag in der Unterhaltung erfahren, das verkünden auch recht zahlreiche Hausinschriften. Besonders macht man gern über böse Jungen, Klatschsucht, Neid und Verleumdungsgeist seinem Herzen in manchmal etwas grimmaigem, aber immer echtem Humor Luft. Einer findet sich mit überlegenem Gleichmut ab:

Wer will bauen an den Straßen,
Muß die Leute reden lassen.

Etwas deutlicher wird schon ein zweiter:

Wenn dies Haus so lang besteht,
Bis der Haß und Neid vergeht,
Dann wird es so lange stehen,
Bis die Welt wird untergehen.

Einen anderen sieht man geradezu behäbig aus seinem Fenster gucken, die Vorübergehenden mustern, und des erworbenen Glückes froh, des eigenen Werkes und seiner Kraft bewußt, kommen ihm die Worte ein:

Der eine betracht's,
Der andre belacht's,
Dem's nicht gefällt,
Miß doch's mein Geld.

Ein Tiroler gibt gar wenig auf das Urteil der Mitmenschen und glaubt fest an die Lampe im eigenen Kopf:

Allen zu gefallen
Kann möglich nicht sein;
Es sein zu viel Köpfe
Und zu wenig Verstand daren.

Wie mancher von uns möchte, wenn die alte schöne Sitte der Hausinschriften noch lebte, über seiner Tür auch den folgenden Spruch zur Warnung und Beherzigung seiner Besucher anbringen:

Wer seine Zunge nicht zügeln kann,
Und übel redt von jedermann,
Der selbst weiß zu jeder Zeit,
Daß ihn kein Haus verborgen ist.

Dieselbe Mahnung richtet in ersten Worten ein Hausbesitzer, scheinbar ein Lehrer, zuerst an sich, dann auch an die anderen, offenbar eingedenk des Wortes, daß man mit allen Reformen zuerst bei sich selber anfangen soll:

Gleich dieser Tür sei auch mein Mund
Auf und zu bei rechter Stund;
So oft die Tür die Angel wend't,
Bedenk, o Mensch, des Lebens End'.

Ein ganz origineller und urwüchsiges Rauz aber muß jener Schwarmwälder Bauer gewesen sein, der sich vielleicht etwas ärgerte, daß so viele Fremde vor seinem stillen Hause stehen blieben und ihn dadurch in seiner Arbeit oder Muße störten. Er schreibt an sein Haus einen Spruch, nach dessen Lektüre die Beschauer sich schnell aus dem Staube machen sollen:

Ich Aff
Steh und gaff;
Und weil ich gaff und steh
Könn ich weitergeh.

III.

An öffentlichen Gebäuden.

Zierden in alter Zeit schon die gewöhnlichen Bürger gern ihre Häuser mit Inschriften, um den Mitbewohnern und durchreisenden Fremden ihre Lebensweisheit kundzutun, so ließen „die weisen Ratsherren“, um ihre Weisheit und ihren guten Rat allen mitzuteilen, die öffentlichen Gebäude, vor allem die Rathäuser, zu ihren Schutzbeschlüssen reden. Diese Aussprüche sollten natürlich ganz besonders destilliert und filtriert sein, damit sie den „hochgelahrten“ und „wohlweisen“ Urhebern Ehre einlegten.

Einen recht hausbackenen, aber praktischen Ratsspruch erteilen die Stadtväter in Heilbronn am Neckar. Wenn man bedenkt, daß viele recht ängstlich im Verkehr mit Behörden sind und dadurch nur unnötige Verwicklungen herbeiführen, — noch viel größer als heute —, so ist die folgende Anweisung sehr trefflich und vom gesunden Verstand diktiert. Allerdings scheint es danach auch, als hätte in jener Zeit in Heilbronn St. Bürokratie noch nicht gelebt:

Eritt feste auf,
Mach's Mann auf,
Der bald auf.

Das ist gutes, kerniges Deutsch. Philosophische Abgeklärtheit scheinen dagegen die Ratsherren in Wernigerode im Harz gehabt zu haben, die ihr verehrtes Haus mit einem Vers schmückten, der später in mancher Abwandlung auch an Privathäusern zu finden ist. Sie wollen ihren Bürgern zeigen, wie man über die Meinung des anderen erhaben sein und dem eigenen Urteil selbstbewußt am meisten trauen soll.

Einer acht's,
Der andere verlacht's,
Der dritte betracht's,
Was macht's?

Als tief schürfende Kenner der Weltgeschichte, als Wiser ihrer geheimen Triebfedern und Kräfte wollen sich die Berliner zeigen. Am eigenen Leibe haben wir im letzten Jahrzehnt erfahren, daß sie nicht so ganz unrecht haben. In einem Raume des Berliner Rathauses steht nämlich zu lesen:

Friede bringt Reichtum,
Reichtum bringt Übermut,
Übermut bringt Krieg,
Krieg bringt Not,
Not bringt Demut,
Demut bringt Frieden.

Das ist ein Kreisgedanke, dessen Wahrheit nicht einfach abzuleugnen ist.

Am weltberühmten Römer zu Frankfurt am Main spricht zu uns der steinerne Mund Worte, die fast ebenso berühmt geworden sind, wenn sie auch nur eine Übersetzung ins „geliebte Deutsch“ aus dem lateinischen Sprichwort „audiatur et altera pars“ darstellen.

Eines Mannes Rede
Ist keines Mannes Rede
Man soll sie hören alle beide.

Diese Worte möchte man auch über die französischen Kriegsgerichte sehen, die in unerhörter Einseitigkeit zahllose politische Urteile gefällt haben, ohne den Angeklagten auch nur zu hören.

In lebhaftem Wettstreit mit dem patrijischen Räte der Stadt standen von Anfang an die Zünfte und Gilden. So legten auch sie stets ganz besonderen Wert auf ein stattliches Rathaus, wie wir sie noch heute in mancher alten Stadt bewundern. Auch diese Zunfthäuser tragen oft hübsche Aufschriften. Als Beispiel führen wir das

Aus dem Berufsleben der Polsterer und Tapezierer.

Wie steht es im Polsterer- und Tapezierergewerbe?

Das Jahr 1926 war für viele Berufsangehörige des Polsterer- und Tapezierergewerbes ein recht hartes, sorgenvolles Jahr. Der Geschäftsgang war im allgemeinen das ganze Jahr hindurch schleppend. Kurzarbeit und Erwerbslosigkeit machte manchem Kollegen das Dasein recht sauer. Derartige Zustände sind für das ganze Gewerbe äußerst schädigend und ihre Spuren bleiben auch einer anziehenden Geschäftsperiode anhaften. Man muß nämlich im Auge behalten, daß im Tapezierergewerbe bei einer längeren Geschäftsflaute stets die Anzahl der selbständigen Berufsangehörigen stark ansteigt. Eine Tatsache, die leicht ihre Erklärung findet. Mancher arbeitslose Tapeziererkollege, der nicht als Schwarzarbeiter gelten will, wird Kleinkrauter. Er macht den Versuch, selbständig zu werden mit den größten Hoffnungen. Viele sind dabei, die längst nicht mit der genügenden Vorbildung solches unternehmen. Solche Leute gehen auch ungern später wieder ins Arbeitsverhältnis zurück. Erst nach längerer Zeit lehrt ihnen die Praxis, daß ihre Hoffnungen trügerisch waren.

Wenn wir in einzelnen Städten unser Gewerbe einer ersten Beobachtung unterziehen, muß man feststellen, daß die Zahl der selbständigen Betriebe viel zu groß ist gegenüber den Absatzmöglichkeiten. Es gab mal eine gute alte Zeit, wo der Bürger zum Polsterer- und Tapezierermeister ging und die Anfertigung des Sofas und der Matratzen ganz selbstverständlich demselben anvertraute. Solche Leute gibt es heute nicht mehr viele. Der wohlhabende Bürger geht bei Bedarf heute in ein erstklassiges Möbelgeschäft und vertraut beim Einkauf dem Inhaber oder dem bedienenden Verkäufer. Die Minderbemittelten fallen zum größten Teile beim Einkauf ihrer Polstermöbel den schreienden Reklamegeschäften zum Opfer, wo sie auffallend niedrige Preise zahlen, aber trotz der geringen Preise ihre Ware viel zu teuer erstehen. Wenn diese Polstermöbel nicht nur bei hohen Festtagen benutzt werden, sondern regelrecht dem müden Menschen Erholung bieten sollen, würde recht bald der Käufer sich als den Betrogenen erkennen.

Stärker noch, wie in der Vorkriegszeit decken heute die Möbelgeschäfte ihren Bedarf bei den Stapel- od. Magazinbetrieben. Billige mindere Materialien, äußerst vereinfachte Herstellung, Serien- und Typenwaren, das sind, mit einzelnen Ausnahmen, die Merkmale der Stapelbetriebe. Vielfach werden bei der Herstellung angeleitete Kräfte mit verwendet, weil die Teilarbeit in starker Weise angewendet wird. Die Zeit der Rationalisierung, der Ausnutzung aller Möglichkeiten, wird auch die Stapelbetriebe nicht ruhen lassen, die Herstellungsweise noch weiter zu rationalisieren. In der „Allgemeinen Tapezierzeitung“, dem Organ des Innungsverbandes, schildert Tapezierermeister Stade von Berlin die Entwicklung der Herstellung folgendermaßen: „In wenigen Jahren werden wir bei diesen handwerklich hergestellten Polstermöbeln die Fließ- oder Bandarbeit haben, die den Preis für das Möbel derartig herunterschiebt, daß kein kleineres Geschäft ein Stück je in Arbeit bekommt.“ Er sagt den Meistern weiterhin, daß sie sich beizeiten umstellen sollen auf die Erfassung aller beruflichen Rundschäftsarbeit. Tapezierermeister Stade scheint in manchen Dingen zu schwarz zu sehen. Auch eine evtl. Fließ- oder Bandherstellung der Polstermöbel, die übrigens noch fraglich erscheint, wird die heutige ordentliche handwerksmäßige Herstellung nicht erheblich einengen. Es kommt doch in Betracht, daß durch eine äußerst starke Verbilligung der Polstermöbel mancher Minderbemittelte sich ein Sofa oder sonst ein Stück Polstermöbel zulegt, der früher nie als Käufer beim Handwerksmeister in Frage gekommen wäre, insbesondere da diesen Käufern jetzt auch noch das Mittel der Teilzahlung zur Verfügung steht.

Selbstverständlich ist es, daß heute unsere Tapezierermeister und alle ordentlichen Polsterbetriebe sich etwas mehr Geschäfts- und Kaufmannsinn aneignen müssen. Der solide Bürger wird immer noch heute ein gut verarbeitetes Stück Polstermöbel der Fabrikware vorziehen. Eine vernünftige Reklame unter laufender Benutzung der Tagespresse, worin die gute solide Arbeit herausgestellt wird, ist zur Aufklärung der Öffentlichkeit erforderlich. Man kann dem Tapezierermeister Stade in der Allg. Tapezierzeitung nicht zustimmen, wenn er sagt: „Auch ist der von einer großen Anzahl unserer Kollegen angenommene Qualitätsstandpunkt wohl nicht mehr aufrecht zu erhalten.“ — Wir müssen uns fragen: „Was kann der Kunde heute für das Stück ausgeben?“ „Es liegt auch keine Veranlassung vor, ein Stück Polstermöbel so herzustellen, daß es 30 und mehr Jahre hält, da es in dieser Zeit schon 6 mal unmodern sein kann.“ Herr Stade soll doch eins bedenken, wenn wir im Tapezierergewerbe den Qualitätsstandpunkt verlassen und um die Ware zu verbilligen, unsere Meister Schuld

herstellen lassen, diese dabei auch ihre Existenzberechtigung einbüßen. Mit solchen Mitteln, die Herr Stade vorschlägt, wird sich kein handwerksmäßiger Beruf lebensfähig halten lassen. Nein, klar und deutlich mußte von allen ehrlichen, soliden Berufsangehörigen der Soliditätsstandpunkt in Wort und Werk herausleuchten. Qualitätsarbeit zur Ehre des Berufes und zum Nutzen des kaufenden Bürgers muß es heißen.

Selbstverständlich wird zwar auch im Tapezierergewerbe unter Aufrechterhaltung der Solidität eine entsprechende Rationalisierung der Geschäfts- und Betriebsweise nicht zu entbehren sein. Wenn z. B. Herr Stade annimmt, daß im Tapezierergewerbe wohl 30% der noch unterhaltenen Werkstätten fast unbenutzt dastehen, so zeigt das, daß viel zu viel selbständige Existenzen im Gewerbe vorhanden sind und daher auch wohl die Geschäftskosten im allgemeinen sich zu hoch stellen. Mittlere Betriebe leisten sich auch vielfach einen Angestelltenapparat, der nicht im Verhältnis zur Produktion steht. Es wäre ein Übel, den Preis so zu bemessen, daß auch die große Anzahl der schlecht wirtschaftenden Kleinbetriebe lebensfähig blieben. Die heutige Wirtschaftsgestaltung stellt nun einmal auch an unsere handwerksmäßigen Betriebe Anforderungen, denen diese sich schon wegen ihrer Existenz nicht entziehen können. Wenn unsere Tapezierermeister die Lösung dieser Anforderungen vernachlässigen und mit alten Töpfen weiterarbeiten, soll man sich nicht über den Krebsgang des Gewerbes wundern. Dabei sollen unsere Meister auch im Auge behalten, daß es heute schon Stapelbetriebe gibt, die recht gute Arbeit auf den Markt bringen.

Trotz aller notwendigen Wohnungskultur muß man im Auge behalten, daß die Menschen erst dann Tapeziererwaren und den Tapezierer brauchen, wenn des Lebens Notdurft gestillt und sichergestellt ist. Die äußerst schwache Kaufkraft großer Teile der Bevölkerung zwingt diese, auf alle entbehrlichen Dinge Verzicht zu leisten, trotz ihrer gerechten Kulturbestrebungen. Die Kaufkraft der breiten Massen zu heben, ihnen Löhne zu sichern, die ihnen über die nackte Existenz ein menschenwürdiges Dasein sichern, mußte nicht nur Aufgabe der Gewerkschaften sein, sondern auch anderer Kreise, deren Existenz von der Kaufkraft der breiten Volksmasse abhängt. Leider sind aber in solchen Preisen die Auffassungen über Lohn, Preisgestaltung und Absatz noch so schief, daß man nur auf lange Sicht ein Erkennen der Dinge erwarten kann.

Die weitere Gestaltung des Tapezierergewerbes darf sich nicht auf Kosten der Lohn- und Arbeitsbedingungen der Tapezierergehilfen vollziehen. Mögen die Gehilfen erkennen, daß nur die gewerkschaftliche Organisation ihnen Schutz und Wehr im Leben ist.

Aus der Arbeitsgemeinschaft des Tapeziererbundes und des Bundes der Sattler.

Bekanntlich waren aus dem „deutschen Tapeziererbund“ der Organisation der Tapezierermeister, die Landesorganisationen von Bayern und Baden ausgefallen. Anfang Februar hat nun in einer Sitzung die obige genannte Arbeitsgemeinschaft den Versuch der Einigung unternommen, der aber zunächst erfolglos blieb. Beide Bünde verpflichten sich alles an Aufklärung zu tun, um die Geschlossenheit der Organisation wieder herzustellen. Gelegentlich der im Mai stattfindenden Sattler- und Tapeziererergossenchaftstagung in Hamburg, sollen die Ergebnisse der in der Zwischenzeit geführten Verhandlungen vorgelegt und weiter beraten werden.

Über die Möglichkeit einer Einführung eines Reichstarifes hat eine Kundfrage innerhalb des Tapeziererbundes kein bestimmtes Ergebnis gebracht. Der Leiter der Sitzung, Tapezierermeister Scholz, erklärte sich als ein Freund des Tarifwesens, da es u. a. eine bestimmte Kalkulationsbasis ermögliche. Er glaubt, daß zur Zeit eine bezirkliche Tarifregelung in Form eines Manteltarifes mit örtlichen Lohnabschlüssen das erreichbarste sei. Hierzu ist zu erwähnen, daß man in Rheinland und Westfalen schon seit längerer Zeit Verhandlungen zwecks Abschluß eines Bezirksvertrages mit den Meistern führte. Die Aussichten zum Abschluß eines solchen Vertrages waren auch nicht aussichtslos. Trotzdem haben die Tapezierermeister in der vorletzten Woche die Verhandlungen abgebrochen. Zum guten Willen gehört die Tat, das müßten unsere Meister beachten. Unsere Tapeziererkollegen werden aber auch die örtlichen Bewegungen, die jetzt folgen werden, mit der notwendigen Energie zu führen verstehen.

Köln. Bei Verhandlungen im Polsterergewerbe wurde für Köln der Lohn für Gehilfen über 22 Jahre auf 1,20/M., für Näherinnen über 20 Jahre auf 86 Pfg. vereinbart. Dieser Erfolg ist um so höher zu bewerten, da im letzten Jahre in der tariflosen Zeit der Lohn von einigen Arbeitgebern auf 1,05 M. abgebaut war.

Abrechnung für das 1. Vierteljahr 1927. Die Abrechnungsformulare gehen in dieser Woche allen Zahlstellen zu. Kassierer, setzt euer ganzes Können ein, um möglichst schnell mit der Abrechnung fertig zu sein.

Verlorene Bücher. Nr. 115 122, Franz Erdmann; Nr. 117 197, Franz Droll; Nr. 199 275, Emma Mutter; Nr. 99 807, Franz Munda. Diese Bücher sind für ungültig erklärt.

Lohn- und Tarifbewegung.

Lohnverhandlungen für das Holzgewerbe.

Gemäß den Bestimmungen des Mantelvertrages fanden in den Tagen vom 23. bis 25. März in Dresden Verhandlungen zwecks Festsetzung der sogenannten Ecklöhne für die einzelnen Bezirke vor dem zentralen Lohnamt statt. Sämtliche Bezirke waren sowohl seitens der Arbeitgeber wie auch der Arbeitnehmer vertreten. Seitens der Holzarbeiterverbände war den Arbeitgebern eine Lohnforderung von 12% auf die tariflichen Durchschnittslöhne vom August bzw. September 1925 unterbreitet worden. Diese Forderung wurde auch von allen Bezirksvertretern arbeitnehmerseits als durchaus notwendig vertreten. Die Arbeitgeber machten kein Angebot, vielmehr verlangten sie ein Lohnabkommen auf ein Jahr ohne jegliche Erhöhung der 1925 festgesetzten Löhne. Einige Arbeitgeber operierten bei den Verhandlungen sogar mit Lohnabbauplänen.

Nachdem alle Bezirksparteien vor dem Lohnamt ihren Standpunkt vertreten hatten, sollte versucht werden, zunächst für einen Bezirk eine Einigung zu erzielen. Hierzu war Bayern ausersehen. Die Arbeitgeber boten hierbei nur einen Mietsausgleich, und zwar von 1 1/2 Pfg. ab 1. April und 1 1/2 Pfg. ab 1. Oktober an und waren auch zu keinem höheren Angebot zu bewegen. Auf Grund dieser Tatsache scheiterten die Verhandlungen, sollen jedoch in Kürze wieder aufgenommen werden.

Sägewerk Aug. Böhm, Wesel.

Bei dieser Firma, die nicht unter den Tarifvertrag für das rhein.-westf. Sägewerbe fällt, hatte die Belegschaft durch die Organisation Anfang Februar Lohnforderungen gestellt. Am 15. Februar fanden die Verhandlungen statt. Die Firma, die jugab, in der letzten Zeit gut beschäftigt und auch noch genügend mit Aufträgen eingedeckt zu sein, glaubte der Forderung auf Erhöhung des Stundenlohnes von 10 Pfg. in der Spitze nicht folgen zu können und begründete diese ablehnende Haltung mit den gesteigerten Rundholzpreisen. Auch ein Vermittlungsvorschlag, sofort 5 Pfg. mehr zu zahlen und dann über 6 Wochen in neue Verhandlungen über weitere Erhöhungen einzutreten, fand nicht die Zustimmung der Firma, wohl war sie bereit, über 6 Wochen erneut in eine Prüfung einzutreten. Nach dieser Verhandlung bot sie der Betriebsvertretung 3 Pfg. Erhöhung an. Damit war die Belegschaft nicht zufrieden und mußte der Schlichtungsausschuß angerufen werden. In einer Verhandlung vor dem Schlichtungsausschuß am 16. März erklärte die Firma sich bereit, rückwirkend ab 15. Februar 5 Pfg. Erhöhung zuzustimmen und ist die Einigung dahingehend erfolgt, daß dieses Abkommen jederzeit mit 14tägiger Frist gekündigt werden kann und diese Erhöhung sinngemäß Anwendung auch auf die Akkordpreise findet. Zweckmäßigkeit einiger Akkordsätze soll zwischen Firma und Betriebsvertretung noch eine Regelung erfolgen.

„Auchenbauerhaus“ (Zunfthaus der Schlächter) in Hildesheim an, das über und über mit Spruchweisheit bedeckt ist. Darunter finden wir etwa:

„Unsere Vorfahren waren auch keine Narren.“ Hatten die guten Hildesheimer Schlächter diese ehrenwerte Überzeugung, so haben wir dieselbe von ihnen, wofür uns ihr herrliches Bildhaus am Hildesheimer Marktplatz genügenden Grund gibt.

„Jung gefreit hat nie gereut.“

Auch dieser Spruch wäre heute recht zu beherzigen, zumal in der alten Auffassung, da man mit dem freudigen Willen zum Rinde in die Ehe trat. — Endlich ein Armeelenssprüchlein:

„Arm oder reich,
Der Tod macht alles gleich.“

Zum Schluß wollen wir noch ein paar Proben von dem hören, was uns die Wartburg zu sagen hat. Darunter muß gewiß jeder etwas für sich finden, denn auf der Wartburg ist der deutsche Geist in seinen schönsten und charakteristischsten Blüten zahlreich vertreten. Dort oben freuten sich schon Walther v. d. Vogelweide und Wolfram v. Eschenbach, die beiden größten mittelalterlichen Dichter, dort lebte in heiliger Einsamkeit, freiwilliger Armut und weitherrigster sozialer Liebe eine heilige Elisabeth, dort arbeitete und schuf Luther. Vernehmen wir also den Mund dieses ehrwürdigen deutschen Geistesymbols.

Eine Guttat, die bei Zeit geschieht
Dieselb' ist doppelt ausgerichtet.

Laß deinen Mund verschlossen sein,
So schluckst du keine Fliegen ein.

Die Schnecke und der Regenwurm,
Die haben selten großen Sturm.

Kommt ein Ochs in fremdes Land,
Er wird doch als ein Kind erkannt.

Wer trinkt ohne Durst,
Und ißt ohne Hunger,
Stirbt um so jünger.

Irene ist ein feltener Gast,
Halt ihn fest, wenn du ihn hast.

Wo einer dir ein Leibs getan,
Sollst du ein kurz Gedächtnis han.

Georg Nowotnik.

Rundschau.

Seht den „Deutschen“.

Zu dieser, in einer früheren Nummer gebrachten Aufforderung, schreibt uns ein Verbandsmitglied noch folgende Zeilen:

Die in der vorigen Nummer gegebene Anregung, mehr wie bisher unsere Tageszeitung „Der Deutsche“ zu lesen, war mir aus der Seele geschrieben. Es ist kaum zu glauben, gegen welche Unwissenheit man oft auf der Werkstatt zu kämpfen hat. Die wichtigsten und einfachsten Dinge sind nicht selten den Kollegen ein Buch mit sieben Siegeln. Um so mehr aber wird über alles geschimpft, die eigene Organisation nicht ausgenommen. Jedem Maulhelden, und wenn er das unsinnigste Zeug verzapft, schenkt man blindlings Glauben. Solche Kollegen ahnen gar nicht, wie sehr sie sich bei jedem denkenden Menschen blamieren. Manchmal muß man sich selbst schämen, daß man solche Mitarbeiter neben sich auf der Werkstatt hat. Es kann darum an Aufklärung nie zu viel geschehen. Ich lese den „Deutschen“, soweit er sich mit unsern Bestrebungen befaßt, sehr eifrig, und bin dadurch unterrichtet, was sich in der Gewerkschaftsbewegung, im sozialpolitischen und wirtschaftlichen Leben ereignet. Dadurch bereichere ich nicht nur mein Wissen, sondern diene auch meiner Bewegung und helfe mit beim Aufstieg meines Standes. Es wäre sehr zu wünschen, wenn von jetzt ab „Der Deutsche“ bei unsern Mitgliedern mehr beachtet würde. Die in der vorigen Nummer gegebene Anregung, mehrere auf einer Werkstatt arbeitende Kollegen möchten den „Deutschen“ gemeinsam lesen, ist sehr gut und erleichtert die Geldfrage.

Wie lange noch ...?

In der fortschreitenden Gesundung der Wirtschaft vergessen die „Inhaber“ der Fabrikbetriebe nicht den Ausbau ihrer Interessenorganisation. Die interessantesten Beispiele werden täglich bekannt und dienen als Beweis dafür, daß die Mitglieder dieser Fabrikantenorganisationen scheinbar nichts zu befürchten haben von aller Kritik in der Öffentlichkeit, und erst recht nichts zu befürchten haben von einer gesetzlichen Regelung der Kartell- und Konzernfragen. Bis diese Regelung kommt, wird noch mancher Jahresgewinn verbucht sein und schließlich pfeift eine solche Organisation auch darauf; denn je älter die Praxis, um so größer auch die Technik — in der Bezwingung aller unbequemen gesetzlichen Bestimmungen.

In diesen Tagen wird schon bekannt, daß die Obstkonferenzen im kommenden Herbst teurer werden. Die Blüten sind noch nicht am Baum. Man kann noch nicht ahnen, ob es eine gute oder schlechte Ernte gibt; aber — der Schutzverband weiß schon jetzt, daß die Preise anziehen. Da kommt selbst mancher Fachmann und auch so mancher Laie hört es und — zahlt demnächst. Das ist ja auch scheinbar die bequemste Aufgabe des Verbrauchers und sein Pflichtanteil in der Wirtschaft.

In neuester Zeit lebt wieder der „Marken-Schutzverband“ auf, dem 200 Firmen der verschiedensten Artikel angegeschlossen sind, vom Kognak über alle möglichen Lebens- und Genussmittel bis zum Puder und zur Toilettenseife und die verschiedensten Pillen für irgend eine Leibesnot. Die Reklame hat all diesen Artikeln „Ruf“ verschafft und je bekannter weniger die Qualität, als weit mehr die starke Nachfrage den Preis. Der Krieg lockerte stark die Verbandsbedingungen. Aber jetzt hebt sich das Geschäft aus der Krise und nun heißt es „Preise bauen“, zum Schutz für die Fabrikanten, Großhändler, Vertreter, bis zum letzten Kleinhändler. Alle werden geschützt gegen — den Verbraucher. Und wie lauten die Bedingungen? Kurz und bündig: jeder Fabrikant und jeder Schutzbedürftige in der weiteren Kette der Mitgliedschaft verpflichtet sich durch Unterschrift:

- a) Den festgesetzten Preis einzubehalten.
- b) Nur den „tariftreuen“ Großhändler und Kleinhändler zu beliefern.
- c) Eine Strafe von M. 600,— für jeden Fall der Zuwiderhandlung an den Verband zu zahlen.
- d) Alle 200 Firmen übernehmen auch gegenseitig die Pflicht, diese Bedingungen einzubehalten.

Also z. B. der Kognak-Verband liefert den Drogisten nicht mehr, wenn er einen Eopf Puder oder eine Schachtel Pillen billiger verkauft als nach der Vorschrift des Schutzverbandes.

Sobald der Verband über eine Firma das Verkaufsverbot verhängt hat, dürfen die Verbandsmitglieder weder Ware liefern noch anbieten, oder von irgend einer der 200 Firmen beziehen — sonst sind für jeden Fall M. 600,— fällig.

Und der Handel macht mit. Er tut es vielleicht gern, denn sein Verdienst ist durch diese Bestimmungen ja auch gesichert. Ja, der Kleinhändler als letzter in der Kette muß mitmachen, sonst bekommt er eben keine Ware mehr. In dieser Umklammerung erkennt der Mittelstand auch scheinbar gar keine Gefahr. Eine solche kommt ja für den „notleidenden“ Mittelstand nur von den — Konsumgenossenschaften, welche sich durch ihren Zusammenschluß in den Verbänden und in ihrer gemeinsamen Warenzentrale in schärfster Weise gegen die rücksichtslosen Verpflichtungen des Marken-Schutzverbandes wehren.

Wie lange noch soll dieses Treiben der vereinigten Fabrikantenverbände mit Erfolg für ihre Kassen weitergehen? Nur solange, als die Masse der Verbraucher es zuläßt. Kein Gesetz und keine Kritik über den „Kapitalismus“ bringt hier eine Änderung. Nur der starke Wille der vereinigten Verbraucher gebietet hier der Willkür der Fabrikantenverbände ein unüberwindbares Halt.

Wie lange noch ...? Nur solange, als die vereinigten Verbraucher noch nicht diese Aufgabe der Konsumgenossenschaftsbewegung erkennen und sich geschlossen hinter ihre Interessenorganisationen stellen. Nur solange können die Fabrikanten im „Marken-Schutzverband“ ihre Preise für M. 600,— Strafe im Einzelfalle diktieren, als die Mitglieder der Konsumgenossenschaften sich lieber um 1 Prozent mehr oder weniger Rückvergütung am Jahreschluß streiten, als die Augen offen zu machen und zu begreifen, wie sie sich mit diesem Streben nach höchster Rückvergütung ihre eigene Macht vernichten und die Fabrikantenverbände stärken. Nur solange hat die Preisdiktatur des „Marken-Schutzverbandes“ noch Existenzmöglichkeit, als der organisierte Arbeiter und Angestellte noch nicht begreift, daß gewerkschaftlicher Erfolg nicht allein abhängig ist von einer guten gewerkschaftlichen Führung örtlich oder zentral, sondern von der Zusammenarbeit zwischen Gewerkschaften und Genossenschaften in der vollen Auswertung der eigenen Kaufkraft und Verwendung des freien Willens, das zu kaufen und das abzunehmen, was ihm die Konsumgenossenschaft empfiehlt.

Wie lange noch ... soll diese Preisdiktatur für M. 600,— Strafe sich weiter auswirken? Nur solange, bis auch der letzte gewerkschaftlich organisierte Arbeiter, Angestellte und Beamte über diese Frage nachdenkt und dann die Schlussfolgerung zieht. Ist es wirklich so schwer, das zu begreifen?

Agitationsbedürfnis der Sozialdemokratie.

Das Agitationsbedürfnis der Sozialdemokratischen Partei und ihrer Gewerkschaften ist groß. In der Zeit, da die Sozialdemokratie verantwortlich in der Regierung saß, konnte sie dieses Agitationsbedürfnis nicht befriedigen. Sie mußte sogar oft genug ihre Maßnahmen gegen die kommunistischen Angriffe verteidigen. Auch dort, wo sie noch verantwortlich in Ländern und Gemeinden tätig ist, darf sie dem Agitationsbedürfnis nicht so sehr die Zügel schießen lassen, aber dort, wo man jetzt durch eigenes Verschulden aus der verantwortlichen Stellung heraus ist, glaubt man das Partei- und Agitationsbedürfnis wieder befriedigen zu können. Zurzeit reisen die Sozialdemokratischen Agitatoren im Land herum und schimpfen auf die christlichen Gewerkschaftsführer, weil sie der Mieterhöhung von 10 % zugestimmt haben sollen. Dr. Potthof behauptet in einem Vortrag in München, die Sozialdemokratische Fraktion habe den Antrag gestellt, die 100 %ige Miete weiter bestehen zu lassen. Die Entscheidung liege bei den christlichen Gewerkschaftlern, auf die man als die Schuldigen mit Fingern zeigen müßte, wenn sie den Antrag ablehnen. Dr. Potthof hat vergessen zu sagen, daß auch verantwortliche Sozialdemokraten für die Mieterhöhung gestimmt haben. Unter den 47

Stimmen im Reichsrat befanden sich auch Sozialdemokraten. Auch die Preussische Regierung, in der die Sozialdemokratie stark vertreten ist, stimmte der Mieterhöhung zu. Auch in den Stadtparlamenten wie in Berlin scheut sich die Sozialdemokratie, die mit den Kommunisten zusammen die Mehrheit hat; nicht, die Grundsteuer zu erhöhen, was bekanntlich, da sie abgewälzt werden kann, einer Mieterhöhung gleichkommt. Die Sozialdemokratie vergißt auch ihren Anhänger zu sagen, daß die „Soziale Bauwirtschaft“, das Organ der Sozialdem. Bauverbände, schon in der Nummer vom 1. September 1926 für eine Mieterhöhung Propaganda gemacht hat, als die christlichen Gewerkschaften noch die Mieterhöhung glaubten abwehren zu können. Damals schrieb das Blatt, daß die Masse der Mieter das größte Interesse an der Schaffung von Arbeitsgelegenheit für die Millionen jetzt unter der Arbeitslosigkeit leidenden Volksgenossen und an der Überwindung der Wohnungsnot hätten. Als die christlichen Gewerkschaften die Mieterhöhung aus volkswirtschaftlichen und auch aus lohnpolitischen Gründen nicht mehr verhindern konnten, legte sie ihr Hauptgewicht darauf, zu fordern, daß die Mieterhöhung für Neubauzwecke Verwendung findet, und daß in Form von Lohn- und Gehaltserhöhungen ein Ausgleich geschaffen wird. Dieses Vorgehen war nicht ohne Erfolg; das mußten auch die Sozialdemokraten anerkennen, aber Anerkennung hat noch niemand von der Sozialdemokratie erwartet. Man könnte allerdings etwas mehr Objektivität von ihr verlangen, aber das Partei- und Agitationsbedürfnis, das in letzter Zeit wieder wach geworden ist, läßt diese Objektivität nicht zu.

Briefkasten.

J. K. Durbach. Die Veröffentlichungen der von einem Arbeitgeber in S. verlangten Arbeitsordnung hat dir also nicht gefallen. Es scheint fast, als ob du die Punkte 9—14 ernst genommen hättest und nun die Auffassung hast, daß mir eine solche Arbeitsordnung als Musterbeispiel veröffentlicht. Hast du denn nicht gemerkt, wieviel Ironie in diesen Punkten lag, und weißt du nichts davon, daß man Leute, die an Überhebung leiden, dadurch am besten kuriert, wenn man sie lächerlich macht. Diese Kur wollten wir bei dem fraglichen Arbeitgeber auch anwenden und weiter nichts. Immerhin freut es uns sehr, daß du das Verbandsorgan so aufmerksam durchliest.

E. B. Bad Oeynhausen. Du bist also wirklich der Ansicht, daß wir mit unserem Artikel „Streit über die Verteilung des Mietzuschlags“ den Hausbesitzern Unrecht getan hätten? Es ist auch uns hinreichend bekannt, daß es ganz verschiedenartige Verhältnisse bei den Hausbesitzern gibt. Je nachdem, wo das Haus steht und je nach den besonderen Verhältnissen des Eigentümers kann es schon mal vorkommen, daß auch bei der heutigen Mietregelung der Mieter sich besser stellt, als der Vermieter. Diese Einzelfälle dürfen aber nicht Veranlassung dazu sein, den überhöhten Forderungen der Hausbesitzervereinigungen nachzugeben. Im großen ganzen verfolgen die Hausbesitzer ja die Politik, sozial zu klagen und zu jammern über ihr schlechtes Geschäft, das sie mit dem Hausbesitz machen, daß die nicht Eingeweihten daran glauben.

Sehr schön wäre es von dir, wenn du uns die erforderlichen Mittel zur Verfügung stelltest, um selbst ein Haus kaufen zu können. Wenn du uns dieses Geld zu dem zurzeit üblichen Sparkassenzinssatz leihen würdest, so versprechen wir uns von der Sache noch ein sehr gutes Geschäft.

Bücher und Schriften

bezieht

der christliche Gewerkschaftler

durch die

Buchhandlung des Gesamtverbandes

der christlichen

Gewerkschaften Deutschlands.

Deutscher Versicherungs-Konzern

Deutsche Lebensversicherung-Gesellschaft

Deutsche Feuerversicherung A.-G.

Berlin-Schöneberg (Post Friedenau), Hähnelsee 15a



Das sind die Vertragsgesellschaften für unsere Mitglieder und deren Angehörige. Versicherungen unbedingt notwendig. Vor jedem Abschluß einer Versicherung wende man sich an unsere Verbandsbeamten oder die Geschäftsstellen der Gesellschaften in allen größeren Orten.



Mitarbeiter haupt- und nebenamtlich gesucht

Verantwortlicher Redakteur: Julius Schenke, Köln. — Druck: Bachem, Köln.

Die Handwerkskunst

im Holzgewerbe

ist die Fachzeitschrift für jeden vorwärtstrebenden Tischler.

Der Bezugspreis

ist vierteljährlich 2,— Mark.

Bestellungen sind an die Zahlstellen unseres Verbandes oder direkt an die Geschäftsstelle der Handwerkskunst Köln, Venloerwall 9 zu richten.

Intarsien jeder Art
Wasserbogen gegen 0,50 M.
in Briefmarken
E. Viller, Heidelberg
Theaterstraße 7 II